

Protokoll der Onlinesitzung des LJHA vom 22.09.2022

Zeit: 14:30 – 16:48 Uhr

Datum 04.10.2022

Vorsitz: Frau Hüsken
Protokoll: Frau Weiß

Stimmberechtigte Teilnehmer/-innen

Mitglied		Stellv. Mitglied	
Ahrens, Sandra	<input checked="" type="checkbox"/>	Fleißikowski, Günther	<input type="checkbox"/>
Heinrich, Alexander	<input type="checkbox"/>	Morawietz, Melanie	<input type="checkbox"/>
Lürßen, Helga	<input checked="" type="checkbox"/>	Van der Smissen, Telly	<input type="checkbox"/>
Eckhardt, Kerstin	<input checked="" type="checkbox"/>	Winter, Wiebke	<input type="checkbox"/>
Krümpfer, Petra	<input type="checkbox"/>	Bredehorst, Gönül	<input checked="" type="checkbox"/>
Pfeiffer, Birgit	<input checked="" type="checkbox"/>	Tuchel, Valentina	<input type="checkbox"/>
Steinke, Peter	<input type="checkbox"/>	Welt, Holger	<input type="checkbox"/>
Görgü-Philipp, Sahhanim	<input checked="" type="checkbox"/>	Pörschke, Thomas	<input type="checkbox"/>
Dr. Eschen, Solveig	<input type="checkbox"/>	Hupe, Christopher	<input checked="" type="checkbox"/>
Leonidakis, Sofia	<input type="checkbox"/>	Tuncel, Cindi	<input checked="" type="checkbox"/>
Kocas, Yasar	<input checked="" type="checkbox"/>	Buhlert, Dr. Magnus	<input type="checkbox"/>
Mann, Wolfgang	<input type="checkbox"/>	Aydin, Ebru	<input type="checkbox"/>
Harjes, Sandra	<input type="checkbox"/>	Witte, Gabriele	<input type="checkbox"/>
Barde, Hanns-Ulrich	<input type="checkbox"/>	Ziegler, Gerd	<input checked="" type="checkbox"/>
Kastens, Christina	<input checked="" type="checkbox"/>	Dahnken, Sara	<input checked="" type="checkbox"/>
Hüsken, Swantje	<input checked="" type="checkbox"/>	Wulff, Anina	<input type="checkbox"/>
Appelhagen, Sara	<input type="checkbox"/>	Favari, Mario	<input type="checkbox"/>
Edwards, Linus	<input checked="" type="checkbox"/>	Büttgen, Anke	<input type="checkbox"/>
Goldschmidt, Nikolai	<input checked="" type="checkbox"/>	Merkel, Monica	<input type="checkbox"/>

TOP 01: Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt Sara Dahnken, die die Nachfolge von Tina Poort antritt, als neues stellvertretendes Mitglied von Frau Kastens.

Die Vorsitzende begrüßt Frau Sandra Harjes, die sich für heute entschuldigen lässt, als neues stimmberechtigtes Mitglied und Nachfolge von Bernd Schmitt.

Des Weiteren verweist die Vorsitzende auf die Sondersitzung im Oktober zum Gute-Kita-Gesetz.

Frau Kastens stellt den Antrag TOP 09: „Änderung der Richtlinien für den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder im Land Bremen (RiBTK) für den Einsatz von Kindertagespflegepersonen als Zweitkraft in einer Krippengruppe“ zu behandeln, jedoch die Beschlussfassung auszusetzen. Es sind noch offene Fragen zu klären und es fehlt an einer vorherigen Befassung in der AG 78 Kindertagesbetreuung. Herr Jablonski merkt hierzu an, dass es sich um eine Änderung einer Landesrichtlinie handelt, die entsprechend der Gremienstruktur zunächst im Landesjugendhilfeausschuss einer Beschlussfassung zuzuführen sei, bevor er in den kommunalen Arbeitsgemeinschaften nach §78 SGB VIII behandelt werde. Über den Antrag von Frau Kastens wird wie folgt abgestimmt:

Zustimmung: 7

Gegenstimmen: 5

Enthaltungen: 2

Folglich wird TOP 9 in der heutigen Ausschusssitzung beraten, aber keiner Beschlussfassung zugeführt.

Herr Jablonski kündigt einen kurzen Berichtspunkte unter Verschiedenes an: Änderung der Anerkennungsordnung für Erzieher:innen.

Der Tagesordnung wird mit den entsprechenden Änderungen zugestimmt.

TOP 02: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.05.2022

Das Protokoll wird an zwei Stellen im TOP 6 „Freiwilliges Engagement“ - Entwicklung einer Engagementstrategie für das Land Bremen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements verändert/ergänzt (kursiv):

Herr Goldschmidt begrüßt und unterstützt für den *Bremer Jugendring*.

Frau Ahrens kritisiert, *dass ein Träger ohne Vorgabe eines Kriterienkataloges, welcher zu erbringen ist und ohne öffentliche Ausschreibung ausgewählt wurde.*

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens, Herr Goldschmidt

Beschluss: Das Protokoll vom 19.05.2022 wird mit der oben genannten Ergänzung genehmigt.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

TOP 03: Aktueller Sachstand Corona – Bericht und Austausch

Frau Hüskén stellt an dieser Stelle zur Debatte, ob der TOP 3 als ständiger TOP erhalten bleiben soll. Frau Ahrens spricht sich in Anbetracht der bevorstehenden Jahreszeit für den TOP

aus. Herr Goldschmidt würde für eine Streichung plädieren, da die Pandemie-Themen grundsätzlich in den behandelten Themen stets mitgedacht werden.
Die Vorsitzende und die Geschäftsführung werden hierzu eine Entscheidung treffen.

Frau Ahrens merkt an dieser Stelle positiv an, dass in Bremen abweichend des §34 Infektionsschutzgesetz Kinder mit Erkältungssymptomen die Einrichtungen besuchen dürfen, ohne eine ärztliche Negativ-Bescheinigung bezogen auf das Corona-Virus vorlegen zu müssen.

TOP 04: Landeskonzert Frühe Hilfen 2022- 2024

Frau Jürgens stellt den TOP anhand der mit der Einladung versendeten Präsentation vor.

Auf Nachfrage erläutert Frau Jürgens zu der Einbettung in die Gesamtstrategie Frühe Kindheit, dass die Förderbereiche von der Bundesstiftung Frühe Hilfen klar vorgegeben sind und somit zunächst auch abgegrenzt von der Gesamtstrategie zu sehen sind. Selbstverständlich gibt es aber Anknüpfungs- und Überschneidungspunkte, die in der Erarbeitung der Gesamtstrategie mitzudenken sind. Bezogen auf die Anmerkung, dass das Programm TippTapp eingestellt wird, berichtet sie, dass das Programm anhängig an das Gesundheitsressort ist, aber sie diese Angaben nicht bestätigen könne und von einer erneuten Antragstellung und Weiterführung ausgeht.

Rolf Diener ergänzt, dass der Prozess zur Gesamtstrategie aktuell am Anfang und somit mitten in der Analysephase ist. Zurzeit wird eine Bestandsaufnahme der aktuellen Angebote und Prozesse im gesamten Arbeitsfeld gemacht, um einen Überblick über gelungene Überleitungen aber auch Brüche zu identifizieren. Die nächsten Schritte, Strukturen und inhaltlichen Bausteine werden anhand dessen konkretisiert. Im Dezember ist eine erneute detaillierte Berichterstattung zur Gesamtstrategie vorgesehen.

Eine erneute Berichterstattung zum Landeskonzert wird für das dritte Quartal 2023 angeregt und in die Themenplanung aufgenommen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens, Frau Görgü-Philipp, Frau Pfeiffer, Herr Diener, Frau Jürgens

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt das „Landeskonzert zur Bundesstiftung Frühe Hilfen 2022 bis 2024“ zur Kenntnis.

TOP 05: Anpassung der finanziellen Leistungen in der Vollzeitpflege und der Bereitschafts-/ Übergangspflege ab 01.07.2022

An dieser Stelle folgt eine Grundsatzdebatte insgesamt zu den aktuellen Erhöhungen der Verbraucherpreise und wie hier Entlastungen auch für die Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe geschaffen werden können, was als dringend notwendig erachtet wird.

Dabei wird auf die Senatsbeschlussfassung vom 12.09.2022 unter dem TOP „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ hingewiesen, bei der bereits Beschlüsse in diese Richtung gefasst worden sind. Es wird angeregt sich mit diesem Thema in der nächsten Sitzung unter einem eigenen TOP auseinanderzusetzen, dabei wird in Frage gestellt, ob die Befassung in der Dezember Sitzung für eine Planungssicherheit ausreicht. Sollte es einer zeitnahen Sondersitzung bedürfen, werden die Trägervertreter:innen einen entsprechenden Antrag stellen.

Herr Diener berichtet von Debatten zu diesem Thema im Senat, wo eine Unterstützung für u.a. die Träger im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe beraten wird, die aufgrund der massiv gestiegenen Energiepreise in existentielle Nöte geraten. Vor einer Präzisierung müssen aber noch die konkreten Beschlüsse auf Bundesebene abgewartet werden, da diese dann den Rahmen in Bremen definieren.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens, Frau Pfeiffer, Frau Görgü-Philpp, Herr Tuncel, Herr Goldschmidt, Herr Ziegler, Frau Hüsken, Herr Diener

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung der monatlichen Pauschalbeträge zur Kenntnis.

TOP 06: Rahmenkonzept und Interessensbekundungsverfahren zur Einrichtung einer Ombudsstelle nach § 9a SGB VIII

Frau Hastedt führt in die Vorlage ein.
Das Gremium begrüßt die Umsetzung.

Es erfolgt eine Debatte zur Frage der Evaluation im Zusammenhang mit der bedarfsgerechten Ausstattung. Hierzu wird erläutert, dass die Zwischenprüfung der Kapazitätsauslastung zum 31.03.2025 dazu gedacht ist, je nach Bedarf die Ausstattung der Ombudsstelle direkt anzupassen. Diese Zwischenevaluation soll auch dazu genutzt werden, die Bedarfe in Bremen-Nord zu erfassen und auszuwerten, ob die bedarfsorientierte Vor-Ort-Beratung so ausreichend ist.

Frau Ahrens stellt zur Klarstellung hierzu den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Der LJHA bittet im Rahmen der Zwischenprüfung zum 31.03.2025 entsprechend den Vorgaben die bedarfsgerechte Ausstattung ebenfalls zu evaluieren.

Des Weiteren wird angeregt die Zuwendungspraxis zu vereinfachen und zu optimieren und hier eine mehrjährige Förderung anzustreben. Rolf Diener sichert zu, diesen Hinweis mitzunehmen und zu prüfen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Ahrens, Herr Ziegler, Frau Pfeiffer, Herr Tuncel, Herr Goldschmidt, Herr Diener

Ergänzung des Beschlusses:

Der LJHA bittet im Rahmen der Zwischenprüfung zum 31.03.2025 entsprechend den Vorgaben die bedarfsgerechte Ausstattung ebenfalls zu evaluieren und anzupassen.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt das „Rahmenkonzept zur Einrichtung einer Ombudsstelle im Land Bremen nach § 9a SGB VIII sowie § 8a BremAGKJHG“ sowie seine Umsetzung, nimmt den Aufruf zur Interessensbekundung zustimmend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung um die Durchführung des Interessensbekundungsverfahrens. Der LJHA bittet im Rahmen der Zwischenprüfung zum 31.12.2025 entsprechend den Vorgaben die bedarfsgerechte Ausstattung ebenfalls zu evaluieren und anzupassen.

Zustimmung: 14

Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 07: Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches – Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen (BremAG-KJHG)

Frau Hastedt und Herr Diener führen in die Vorlage ein.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen (BremAGKJHG) zustimmend zur Kenntnis.

TOP 08: Erhöhung der Sachkosten im Bereich der Kindertagespflege

Das Gremium begrüßt die Anhebung.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Frau Bredehorst

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die beigefügte Senatsvorlage „Sachkostenseigerung im Bereich der Kindertagespflege“ vom 23.08.2022 nebst Anlagen zur Kenntnis und stimmt der Umsetzung zu.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 09: Änderung der Richtlinien für den Betrieb von Tageseinrichtungen für Kinder im Land Bremen (RiBTK) für den Einsatz von Kindertagespflegepersonen als Zweitkraft in einer Krippengruppe

Die Stellungnahmen der Zentralelternvertretung der Tageseinrichtungen für Kinder und des Verbands Bremer Kindergruppen wurden im Nachversand zur Verfügung gestellt.

Herr Jablonski führt in den Top ein und weist auf zwei Ergänzungen in der Vorlage hin, die sich sehr kurzfristig ergeben haben und deshalb nicht mehr vorab versendet werden konnten (kursiv):

Zweitkräften, die mit der Qualifikation als Kindertagespflegeperson in Einrichtungen anfangen möchten, wird durch den Arbeitgeber ein verbindliches berufsbegleitendes Aus- und Weiterbildungsangebot für sozialpädagogische Berufe gemacht.

Ein „Begleitkreis“ wird sich regelmäßig mit den Maßnahmen und der Umsetzung zur Richtlinie beschäftigen. In diesem Kreis sind Vertreter:innen von Trägern, Interessensvertretungen, Gewerkschaft und der Bildungsbehörde vertreten.

Die gesamte RiBTK wird befristet und würde, so davor kein anderslautender Beschluss durch den Landesjugendhilfeausschuss erfolgt, zum 31.12.2025 auslaufen.

Herr Dr. Schlepper nimmt als beratendes Mitglied Stellung und appelliert daran, dem Fachkräftemangel mit der Entwicklung von gemeinsamen Konzepten zu begegnen. Hierzu gehört auch sich dem Personalmix nicht zu verschließen und grundsätzlich mit der Überschrift „Mehr Köpfe in die Kitas“ zu denken, jedoch braucht es zwingend gewisse Rahmenbedingungen. Die daraus resultierenden erhöhten Anforderungen an das Fachpersonal in den Kindertagesstätten und die damit notwendige Weiterentwicklung deren Anforderungsprofile muss mitgedacht werden. Ebenso gilt es aber auch notwendige Fort- und Weiterbildungsangebote für die Quereinsteiger:innen zu planen. Der zur Debatte gestellte Vorschlag sollte als Chance für die Träger und nicht als Verpflichtung verstanden werden.

Das Gremium begrüßt die Nachbesserungen in der Vorlage.
Die CDU Fraktion schlägt vor, nach der Befassung in der AG gem. § 78 SGB VIII die angepasste Vorlage per Umlaufverfahren zu beschließen. Die Ausführungen von Herrn Dr. Schlepper werden geteilt. Eine Gesamtstrategie zur Begegnung des Fachkräftemangels sollte entwickelt werden.

Frau Kastens ergänzt, dass die freien Träger schon seit vielen Jahren mit einem Personalmix arbeiten, möchte aber noch einmal deutlich zum Ausdruck bringen, welche Ressourcen und Fähigkeiten dies auch bei den Erzieher:innen vor Ort abverlangt, insbesondere wenn sehr viele unterschiedliche fachliche Basisqualifikationen vorherrschen.

Das Gremium bedauert, dass die Informationen zur Ergänzung der Vorlage erst so spät mitgeteilt worden sind, begrüßt aber den gemachten Vorschlag einer Beschlussfassung im Umlaufverfahren nach erster Befassung in der AG §78 SGB VIII Kindertagesbetreuung.

Herr Jablonski wird der Geschäftsführung des Landesjugendhilfeausschusses die Unterlagen samt Beschlussvorschlag für das Umlaufverfahren voraussichtlich in der 41. KW zur Verfügung stellen.

Teilnehmer/-innen an der Diskussion: Herr Dr. Schlepper, Frau Ahrens, Frau Kastens, Herr Tuncel, Frau Pfeiffer, Herr Hupe, Herr Birnstiel

TOP 10: Sitzungstermine 2023

-

Teilnehmer/-innen an der Diskussion:

Beschluss: Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen Terminen zu.

Zustimmung: 14
Gegenstimmen: 0
Enthaltungen: 0

TOP 11: Berichte der Verwaltung

Der geplante Sachstandsbericht zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes wird aus Zeitgründen auf die Dezembersitzung verschoben.

TOP 12: Verschiedenes

Konzept zur Pilotphase der Erprobung neuer Modelle zur Unterstützung von Kindern mit Beeinträchtigungen an Grundschulen der Stadtgemeinde Bremen ab dem Schuljahr 2022/23

Frau von Engeln führt in die Thematik ein. Der LAG war es an dieser Stelle wichtig, die Aufmerksamkeit noch einmal auf diesen Themenkomplex zu lenken und das Modellprojekt kurz vorzustellen. Im Rahmen des Modellprojektes können die Kompetenzen der in der Eingliederungshilfe tätigen Träger mit denen vom Bildungsträger verzahnt werden und offene Fragen sowie Schnittstellenproblematiken erkannt und beseitigt werden.

Vorlage des Bremer Jugendrings zum Thema Energiekosten.

Die Vorlage ist im Nachversand verschickt worden. Herr Goldschmidt führt in die Vorlage ein. Hierbei wird noch einmal auf die bereits unter TOP 5 geführte Debatte eingegangen, eine Unterstützung von Seiten der Regierungskoalition wird zugesagt. Frau Völger weist an dieser Stelle daraufhin, dass im Senatsbeschluss „Gerecht und fair: Entlastung jetzt – Energiearmut verhindern“ Zuwendungen an Träger ausgenommen sind. Die entsprechende Textpassage wird sie Frau Pfeiffer zur Verfügung stellen, damit dies einer weiteren Klärung zugeführt werden kann.

Der Jugendhilfeausschuss bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport um außerordentliche Unterstützung darin, dass die Mehrkosten im Zeitraum September 2022 bis Mai 2023, die durch die Inflation, mit insbesondere den steigenden Energiekosten, entstehen, aufgefangen werden.

Herr Jablonski weist auf die Änderungen der Anerkennungsordnung für Erzieher:innen hin.

TOP 13: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles

-

für das Protokoll:
Weiß

Umsetzung der SGB VIII-Reform in der Freien Hansestadt Bremen
**Sachstandsbericht zur Umsetzung des Kinder-
und Jugendstärkungsgesetzes**

Landesjugendhilfeausschuss am 22.9.2022

Abteilung 2, Junge Menschen und Familie
Sabine Hastedt



Ombudsstelle, Kinderschutz, Einrichtungsbegriff

- § 9a SGB VIII: Einrichtung einer Ombudsstelle zwecks unabhängiger Beratung in, Vermittlung und Klärung von Konflikten im Zusammenhang der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe (vgl. TOP „Rahmenkonzept“)
 - zum 1.4.2023 geplant: Betrieb durch Träger – Vergabe im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens
- § 8a SGB VIII: Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
 - Abs. 1: Beteiligung von Berufsheimnisträger*innen an der Gefährdungseinschätzung
 - § 4 Abs. 4 KKG: Rückmeldung an Berufsheimnisträger*innen
 - Überarbeitung der Verwaltungsanweisungen und Fachliche Mitteilungen sowie Information der entsprechenden Berufsgruppen
- § 45 SGB VIII: Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung
 - Abs. 2: Einführung des Zuverlässigkeitskriteriums
 - Entwicklung, Anwendung und Überprüfung eines Gewaltschutzkonzeptes
 - Stärkung von Selbstvertretungen
 - Externe Beschwerdestelle: Ombudsstelle
 - Bestandsaufnahme, Anpassung des Betriebserlaubnisverfahrens, Information der und Kooperation mit freien Trägern
- § 45a SGB VIII: Einrichtung
 - Legaldefinition des Einrichtungsbegriffs: Aufrechterhaltung der Betriebserlaubnispflicht auch für Erziehungsstellen

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

- § 10a SGB VIII: Beratungsanspruch auf „verständliche, nachvollziehbare und wahrnehmbare Form“
 - Abs. 1 und 2: ganzheitlich und leistungsträger-übergreifend
 - Erarbeitung einer Fachlichen Mitteilung: Bereits bei Erstkontakt Sicherstellung der Einhaltung der Beratungskriterien
 - Integration in Fortbildungsinhalte (z.B. zu „einfacher Sprache“)
- § 36b: Schnittstellenbereinigung / Leistungsübergänge
 - SGB II (Kooperationsvereinbarung zwischen Jugendamt und Jobcenter) sowie SGB IX (Schnittstellenklärungen Fachdienst 8 und Case Management)
 - Vorbereitung „große Lösung“: Eingliederungshilfe für junge Menschen mit körperlicher, geistiger und seelischer Behinderung unter dem Dach der Kinder- und Jugendhilfe (§10 SGB VIII).
 - Umsetzung ab dem 1.1.2028 – Bundesgesetzgebung ggf. bereits bis Ende 2025 / erster Umsetzungsbericht bis Ende 2023
- § 10b: Einführung Verfahrenslots:innen zum 1.1.2024
 - Unabhängige Unterstützung und Begleitung von jungen Menschen und ihren Familien, die wegen einer (drohenden) Behinderung einen (möglichen) Anspruch auf Eingliederungshilfe haben
 - Unterstützung der Zusammenführung der „Eingliederungshilfe aus einer Hand“ im kommunalen Jugendamt

Hilfe für junge Volljährige und Care Leaver:innen

- § 41 SGB VIII: Hilfe für junge Volljährige
 - Abs. 1: Fortsetzung der Hilfen bei Nichtgewährleistung einer selbstständigen Lebensführung sowie Möglichkeit der erneuten Gewährung („Coming-Back-Option“)
 - Abs. 3: Verbindliche Übergangsplanung bei Inanspruchnahme anderer Leistungen
- § 41a SGB VIII: Rechtsanspruch Nachbetreuung
 - Abs. 1: Anspruch auf verständliche, nachvollziehbare und wahrnehmbare Beratung und Unterstützung auch nach Beendigung der Hilfe
 - Abs. 2: Verpflichtung des öffentlichen Trägers zur regelmäßigen Kontaktaufnahme in der Nachbetreuung
 - Entwicklung einer Verwaltungsanweisung mit Hilfestellung zur Leistungsübergangsberatung
- In Kooperation mit der UAG Care Leaver:innen:
 - Bestandsaufnahme der aktuellen Hilfen- und Nachbetreuungssituation
 - Einführung von weiteren niederschwellige Nachbetreuungs-Angeboten (Gutscheinmodell)
- § 4a SGB VIII: Förderung selbstorganisierter Zusammenschlüsse
 - In Ergänzung zu bestehenden bzw. geplanten Beratungsangeboten in Bremen und Bremerhaven

Pflegekinderwesen und Ausblick

- § 37b: Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Familienpflege
 - Verpflichtung zur Anwendung von Schutzkonzepten bei Pflegeverhältnissen: Erstellung eines allgemeinen Schutzkonzeptes für PiB gGmbH sowie von Schutzkonzepten für die einzelnen Pflegeverhältnisse
 - Möglichkeiten der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten: Ausbau des bestehenden Beschwerdesystems
 - Externe Beschwerdemöglichkeit: Ombudsstelle
- Ausblick...
 - §§ 92 / 94 SGB VIII: Kostenheranziehung in der Kinder- und Jugendhilfe
 - Mit der SGB VIII-Reform wurde Anteil des abzugebenden Einkommens von jungen Menschen bei außerfamiliärer Unterbringung von 75% auf 25% gesenkt.
 - Bundeskabinetts-Beschluss im Juli 2022: Abschaffung der Kostenheranziehung mit Inkrafttreten zum 1.1.2023
 - § 20 SGB VIII: Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen
 - Ausbau der Kurzzeitpflege
 - § 4a SGB VIII: Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung
 - § 71 Abs. 2: als beratende Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
 - § 78 Satz 3: Beteiligung an Arbeitsgruppen zwischen Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Rückfragen und Rückmeldungen sind stets willkommen:

Sabine Hastedt

Freie Hansestadt Bremen

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

Abteilung 2, Junge Menschen und Familie

Tel.: +49 421 361-10997

E-Mail: sabine.hastedt@soziales.bremen.de